



Entwurf einer allgemeinen

Handwerks- und Gewerbe-Ordnung für Deutschland.

Berathen und beschlossen

von dem

deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congress

zu

Frankfurt am Main

vom 15. Juli bis 15. August 1848.

Herausgegeben

von

Mbr. Volkhart,

Abgeordneten zum deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congress für den Kreis
Schwaben und Neuburg in Bayern.

Augsburg 1848.

Bei Lampart & Comp.

Gedruckt bei Mbr. Volkhart.

Der deutsche Handwerker- und Gewerbe-Congress

versammelte sich am 15. Juli 1848 zu Frankfurt am Main, woselbst ihm von dem Senat des Freistaates ein Saal für die Plenar-Berathungen, sowie Lokale für die Ausschüsse auf dem Römer zur Disposition gestellt waren. Montag den 17. Juli wurde vor Allem ein Schreiben an die deutsche Nationalversammlung berathen, in welchem derselben die Constituirung des Handwerker- und Gewerbe-Congresses angezeigt wird, und über welches sich der Congress in nachstehender Fassung einigte:

„An die hohe verfassungsgebende National-Versammlung.
Anzeige, Erklärung und Bitte der unterzeichneten Bevollmächtigten des hieselbst zusammengetretenen deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.

Wir Unterzeichnete beehren uns hiemit, die Anzeige zu machen, daß Abgeordnete des Handwerker- und Gewerbebestandes aus fast allen Theilen Deutschlands hier zusammengetreten sind, und sich einem im Juni d. Js. zu Hamburg von den norddeutschen Vertretern des Handwerker- und Gewerbebestandes gefaßten Beschlusse gemäß heute zu einem deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congress constituiert haben. — Der Zweck dieses Congresses ist eine gründliche Prüfung der Gebrechen des deutschen Handwerker- und Gewerbebestandes, die Entwerfung einer alle Kreise der gewerblichen Thätigkeit umfassenden, organisch gegliederten, zeitgemäßen deutschen Handwerker- und Gewerbe-Ordnung und die Gründung eines mit den Reichsministerien in direkte Verbindung tretenden Organs zur Förderung und Wahrung der Interessen des deutschen Handwerker- und Gewerbebestandes. — Der Congress ist des Vertrauens, daß die hohe verfassungsgebende Nationalversammlung, in deren Schooß der Handwerker- und Gewerbebestand nur schwach vertreten ist, seinem Verlangen um so mehr Rücksicht schenken werde, als es sich hier um die wichtigsten sozialen Lebensfragen handelt, bei deren Lösung nothwendiger Weise die praktische Erfahrung wird zu Rathe gezogen werden müssen. — Der mit Lösung seiner wichtigen Aufgabe aufs Eifrigste beschäftigte Congress hofft, einer hohen Nationalversammlung in Bälde das Ergebniß seiner Arbeiten vorlegen zu können, verbindet aber mit dieser Anzeige die Erklärung, daß seiner wohlwogenen Ansicht nach der gegenwärtig von der Nationalversammlung verathene S. 2. Art. 1. des Entwurfes der Grundrechte des deutschen Volkes mit den künftigen Reichsgrundgesetzen über Heimath-Berechtigung, Gewerbe-Ordnung und andere, in die inneren Verhältnisse der in Zukunft selbstständigen Gemeinden tief eingreifenden Verhältnisse in einer so nahen Verbindung steht, daß derselbe durch die später folgenden Gesetze wesentliche Modifikationen erleiden dürfte.

Die Unterzeichneten richten daher an die hohe Nationalversammlung die Bitte: Dieselbe wolle gemäß S. 24. ihrer Geschäfts-Ordnung den volkswirtschaftlichen Ausschuss beauftragen, bei seinen geschlichen Berathungen über den oben erwähnten Gegenstand mit dem Handwerker- und Gewerbe-Congress sofort in gemeinschaftliche Verhandlungen zu treten. — Frankfurt, den 17. Juli 1848.“

Dieses Schreiben wurde dem Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, überreicht und von demselben die Versicherung gegeben, daß in der Nationalversammlung viele Theilnahme für eine zeitgemäße Handwerks- und Gewerbe-Ordnung sich kundgebe und daß eine Versammlung deutscher Handwerker und Gewerbetreibender in Frankfurt um so mehr am Plage sey, als die Kommunikation derselben mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung wünschenswerth erscheine.

Die Berathungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses nahmen hierauf den regsten Fortgang und lieferten nach fünfwöchentlichen lebhaften und muthwilligen Debatten als Resultat nachstehenden Entwurf eines allgemeinen Handwerker- und Gewerbe-Gesetzes für Deutschland, welcher an die deutsche Nationalversammlung mit nachstehendem Schreiben übergeben und von sämtlichen Abgeordneten der feste Entschluß ausgesprochen wurde, alle legalen Mittel aufzubieten, um den in diesem Entwurfe aufgestellten Prinzipien in Deutschland gesetzliche Geltung zu verschaffen. — Das gleichzeitige Schreiben an die Nationalversammlung lautet wie folgt:

Frankfurt a. M., den 15. August 1848.

An die hohe verfassungsgebende National-Versammlung.

Der unterzeichnete deutsche Handwerker- und Gewerbe-Congress beehrt sich hiernit, in Nachstehendem die, auf die Um- und Neugestaltung des socialen Lebens gerichteten Wünsche und Anträge des deutschen Handwerker- u. Gewerbebestandes zur

neigten Einsicht und Prüfung vorzulegen. Es geschieht dieß im klaren Bewußtseyn der hohen Bedeutung unserer Zeitbewegungen und deren Gründe, und im richtigen Erkennen der mannichfachen Hindernisse, welche der Verwirklichung der dargelegten Ideen im Wege stehen.

Der deutsche Boden wurde zur Revolution hauptsächlich durch die arge Vernachlässigung des Gewerbestandes und die dadurch eingetretene Erschöpfung aller Quellen des großen deutschen Gewerbelebens vorbereitet und empfänglich gemacht, und es bedurfte einer großartigen Massen-Berarmung, um die tief eingenistete, sich allzusehr wählende Herrschaft zu stürzen, und dem unterdrückten Volke, den verarmten Handwerkern und Gewerben den sichern Weg zur Freiheit zu bahnen.

Das deutsche Volk verschmäht den blutigen Pfad der Gewalt, und zieht den mühe- und langsameren Weg der Ordnung und des Gesetzes vor. Auf diesem Wege hat es die Männer seines Vertrauens, die Männer des Muthes und der Intelligenz berufen, die mit Rath und That zu unterstützen es stets bereit ist.

Der Gedanke, daß Rath und That des Gewerbestandes in dem wichtigen Augenblicke, in welchem es sich um die deutsche Gewerbeordnung handelt, um so willkommener und um so mehr von Nutzen seyn dürfen, als nur wenige Angehörige dieses Standes in der Paulskirche gezählt werden, führte Abgeordnete des Handwerker- und Gewerbestandes aus den nahen und entferntesten Gauen Deutschlands nach Frankfurt, welche sich nach langer und erschöpfender Berathung über nachstehende Prinzipien einigten, und welche daher bei Berathung der allgemeinen deutschen Gewerbe-Ordnung Geltung finden möchten.

Mit dem Gefühle aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit zeichnet:

Der deutsche Handwerker- und Gewerbe-Congress.

E n t w u r f

einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbe-Ordnung für Deutschland.

V o r w o r t.

Die Frage, ob Gewerbefreiheit, ob Gewerbeschutz? ist bisher anders von dem Staatsmanne, anders von dem Fachmanne beantwortet worden. Jener sucht in der möglichst größten Ungebundenheit und freien Bewegung der Gewerbetreibenden eine Quelle von Reichthum; der Fachmann dagegen weiß und erfährt an sich selbst, wie die Schrankenlosigkeit eine Tyrannei des Einzelnen, des Kapitalisten, gegen die Masse erzeugt, und dem Einzelnen zuführt, was der Gesamtheit der Berechtigten entzogen wird.

Der Staatsmann erblickt in der ausgedehntesten Concurrenz den mächtigsten Hebel der industriellen Vollkommenheit; der Fachmann aber weiß und fühlt es, daß es bei der sogenannten Concurrenz eine redliche und eine unredliche giebt, und daß die Letztere immer mehr das Uebergewicht gegen die Erstere erlangt. Gegen die redliche, bei welcher Fleiß und Geschicklichkeit mit einander kämpfen, haben wir nichts einzuwenden, aber die unredliche möchten wir durchaus verbannt wissen, denn diese ist ihrem ganzen Wesen nach nichts Anderes, als ein demoralisirender Kampf der Verzewslung, ein gieriges Ringen nach dem Stücke Brod, ein unmenschliches Aufreiben der eigenen Kräfte im Zurückdrängen und Niederdrücken der Kräfte des Concurrenzen.

Der Staatsmann endlich findet in der ergiebigsten Production von Industrie-Gegenständen, die er hervorruft, das Heil der Arbeitnehmer; der Fachmann dagegen weiß, daß, wenn die große Mehrzahl der Bürger einer Nation verarmt ist, auch die Consumtion aufhört, also auch die Produkte keinen Absatz mehr finden können, und dennoch muß er es leiden, daß eine Arbeit, welche nicht lohnt und nicht sättigt, gleichzeitig den Arbeitgeber und Arbeitnehmer vernichte; nicht zu gedenken, daß der mit den Arbeitskräften wuchernde Producent (Kapitalist) — dadurch, daß er das Proletariat begründet, von dem erfahrungsmäßig die Uebervölkerung herrührt, auch die Uebersetzung aller Geschäfte und damit die allgemeine Nahrungslosigkeit bewirkt.

Der Hauptfehler jener gewerbefreiheitlichen Staatsmänner liegt aber darin, daß sie die Production befördern, bevor die Gelegenheit oder die Aussicht zur

Consumtion gegeben ist, als ob die Consumtion eine nothwendige Folge der Production sey!! In dieser Verfehrtheit wurzelt das Uebel. Je länger die Theoretiker jener Verfehrtheit huldigen, und je länger man der Nothwendigkeit ausweicht, durch Theilung der Arbeit und Gewerbebeschränkungen ein wenigstens annäherndes Verhältniß zwischen Production und Consumtion zu erzielen, je schwieriger wird die Lösung der socialen Frage zu erreichen sein, wenn nicht überhaupt das „Zuspät“ jeder weitem Mühe enthebt.

Die Geschichte hat für den, der ihr ins Angesicht schauen will, die Frage: ob Gewerbefreiheit oder Gewerbeschutz? erschütternd beantwortet. Der August 1789 hat in Frankreich die Gewerbefreiheit dictirt; dies Experiment und nichts anderes hat Frankreich seit an den Rand des Untergangs geführt. Die Preussischen Gewerbe-Polizei-Verordnungen haben jenes August-Decret wiederholt; verhüte es Gott, daß nicht auch die französischen socialen Zustände sich wiederholen mögen durch das Proletariat, welches neben einzelnen reichen Magaziniern und Fabrikanten geschaffen worden ist. Andere deutsche Staaten haben zwar die Lebensfäden der Zünfte nicht geradezu abgeschnitten, werden aber gleichwohl durch das Concessionswesen und durch Zulassen des schrankenlosen Fabrikbetriebes indirect dieselben Erfolge erzielen wie die Preussischen direkten Verordnungen. Einen solchen Zwitterzustand, für welchen die sogenannten halbliberalen Staatsökonomien sind, wollen wir eben so wenig als die volle Gewerbefreiheit, denn dadurch werden den Handwerkern Fesseln angelegt, welche ohne erheblichen Schutz zu gewähren, jede Concurrenz mit dem fessellosen Fabrikanten unmöglich machen.

Wer möchte es, bei solchen nicht zu leugnenden Thatsachen, dem deutschen Handwerkerstande verargen, wenn er, dem nur noch wenige Athemzüge vergönnt sind, die letzten Kräfte zusammenrafft und im Angesicht Deutschlands, unter den Augen seiner Vertreter im deutschen Parlamente, einen feierlichen, von Millionen Unglücklichen besiegelten **Protest** ausruft **gegen die Gewerbefreiheit!!**

Die Abgeordneten des Handwerker- und Gewerbeverbandes, aus allen Gauen Deutschlands durch die gleichen Leiden zusammengeführt, beschwören die Männer, welche des Volkes Wohl berathen, daß sie, um größerem Unheile vorzubeugen, den aus der Erfahrung allgemach hervorgehenden Rath der Fachmänner hören, und in einem besondern Artikel des Reichsgrundgesetzes die gänzliche Aufhebung der Gewerbefreiheit, in so weit sie noch in Deutschland besteht, gewährleisten.

Diese Bestimmung, so wie die Errichtung einer allgemeinen deutschen Gewerbe-Kammer als gesetzliches Organ, um die Bedürfnisse des Gewerbeverbandes zur Kenntniß des gesetzgebenden Parlaments zu bringen, sind die beiden Artikel, von deren Aufnahme in das Reichsgrundgesetz die Gewerbetreibenden ihr ganzes Heil erwarten.

Um ein hohes Parlament bei der Ausarbeitung einer allgemeinen gleichmäßigen Gewerbegesetzgebung für ganz Deutschland, die wir Alle von Herzen wünschen, zu unterstützen, hat der Congreß der bezeichneten Abgeordneten folgenden

E n t w u r f

einer allgemeinen Handwerks- und Gewerbe-Ordnung für Deutschland festgesetzt.

Tit. I. Innungen.

Eine nothwendige Bedingung der Gewerbeordnung ist die gleichmäßige Bildung von Innungen für ganz Deutschland, und beziehungsweise Umschaffung der noch bestehenden Zünfte, deren Zweck theils im Laufe der Zeit vereitelt wurde, theils der neuen staatlichen Gestaltung nicht entspricht. Diejenigen Staatsregierungen, welche in neuerer Zeit die Bildung von Innungen für nützlich erachtet haben, sind zwar dabei von der Idee geleitet worden, daß nähere Verbindungen zwischen dem gleichen oder verwandten Gewerbebetriebe insofern sehr wohlthätig wirken, als sie dazu beitragen, das Selbstgefühl der Theilnehmer zu erhöhen und ihre gewerbliche Ausbildung zu fördern und sich durch Kranken-, Armen- und Wander-Unterstützungs-Kassen einander Beistand zu gewähren. Es haben sich aber dergleichen Innungen als durchaus ungenügend erwiesen.

Man hatte ihnen die Lebensfähigkeit dadurch abgeschnitten, daß man ihre freie Entwicklung und Selbstverwaltung von der Willkür der Polizei abhängig machte, und somit hauptsächlich ein Polizei-Institut statt eines Gewerbe-Instituts schuf. Es war offenbar darin gefehlt, daß man der Wahrung der gemeinschaftlichen gewerblichen Interessen, der Regelung des Gewerbebetriebs und eines gesetzlichen Schutzes gegen fremde Eingriffe, überhaupt aber der allgemeinen materiellen Interessen als Hauptzweck gar nicht gedachte. Endlich aber und hauptsächlich entbehrte das Institut einer festen Grundlage, indem der Beitritt zur Innung dem Belieben des Einzelnen überlassen und daher eine beständige Auflösung und Umgehung gemeinsamer gefasster Beschlüsse in der Macht des Einzelnen stand. Wenn allen Genossen des Handwerkerstandes gleiche Rechte gewährleistet werden sollen, müssen Allen auch gleiche Pflichten auferlegt werden; darum kann der Beitritt zur Innung nicht von der Willkür des Einzelnen abhängig seyn. Die Innung soll alle Angehörige durch das Bewußtseyn, einem großen stiftlichen, freien und starken Verbands, in Leid und Freud anzugehören, heben und kräftigen. Hiermit erklärt sich die Fassung der folgenden §§. 1—5.

§. 1. Innungen werden errichtet, um ihre gewerblichen Interessen im weitesten Sinne des Wortes zu wahren, Ordnung in dem Gewerbebetrieb zu gründen und zu erhalten; um unter dem Schutze des Staates durch die vereinten Kräfte der Genossen das geistige und materielle Wohl Aller zu fördern, (und dadurch aus sich selbst die Mittel zu schaffen, der Massen-Verarmung entgegen zu wirken.

§. 2. Diejenigen, welche an einem Orte dasselbe Handwerk oder technische Gewerbe selbstständig betreiben, müssen zu Innungen zusammentreten.

§. 3. Zur Bildung einer Innung sind mindestens 12 Meister eines Ortes oder Bezirkes erforderlich; in Ermangelung dieser Zahl werden die zunächst verwandten Gewerbe vereinigt, vorbehaltlich der innern Abgrenzung des Gewerbebetriebs.

§. 4. Wo zur Zeit gesetzlich eine Corporation von Gewerbetreibenden besteht, geht sie in die neu zu bildende Innung über.

§. 5. Innungen werden in den Städten errichtet. Die Gewerbetreibenden auf dem Lande haben sich den Innungen in den Städten anzuschließen. Auf dem Lande sind Innungen nur dann zulässig, wenn es örtliche Verhältnisse gebieten.

Daß die wenigen, auf dem Lande nothwendigen Handwerker, welche zerstreut umherwohnen, sich schon im eigenen gewerblichen Interesse dem nächsten städtischen Innungs-Verbande anschließen müssen, und daß in der Regel die Zwecke der Innungen nur in den Städten erreicht werden, bedarf wohl keiner näheren Beleuchtung.

Tit. II. Vertretung, Verwaltung und Rechtspflege.

Erkennt der Staat den Handwerker- und Gewerbebestand, seinem wahren Wesen nach, als ein starkes, wichtiges und nothwendiges Glied des ganzen Staatsverbandes an, so muß ihm nicht nur das selbstständige Ordnen seiner innern Angelegenheiten überlassen werden, sondern es müssen auch aus ihm Organe geschaffen bleiben, welche von jedem fremden Einflusse frei, ihn bis zu den höchsten Staatsgewalten vertreten.

Aufgabe dieser Organe wird es vorzüglich seyn, die aus eigener Wissenschaft und Erfahrung gefundenen Mittel zur Hebung des Handwerker- und Gewerbebestandes, den obersten Staatsgewalten zu unterbreiten, (und auf diese Weise den Weg zur praktischen Lösung eines großen Theiles der socialen Frage anzubahnen, an welcher Polizei und Theoretiker bisher sich vergebens versucht haben. Von diesem Gesichtspunkte aus wird sich die in den nachstehenden Paragraphen vorgenommene Gliederung, wie der jedem Gliede angewiesene Wirkungskreis rechtfertigen.

Was insbesondere das Gewerbe-Gericht anbelangt, so sind hier zwei dergleichen Institute erwähnt. Ein anderes ließe sich schaffen, wenn man beide Elemente, das praktische und das juristische, gänzlich trennte, und jedem seinen selbstständigen Wirkungskreis zutheilte. In diesem Falle würden die praktischen Gewerbe-Gerichts-Mitglieder als Juri gelten, welche nur die Thatfache festzustellen hätten, während die richterliche Person auf Grund dieses Gutachtens, allein das betreffende Gesetz zur Anwendung bringen, und unabhängig entscheiden müßte. Würde die Selbstständigkeit des richterlichen Beamten so gewahrt, so möchte kaum ein Bedenken entgegenstehen, die aus dem Gewerbebetrieb entspringenden Streitpunkte zwischen Innungs-Mitgliedern, dem Gewerbe-Gericht zu überweisen.

§. 6. Die Innungs-Angelegenheiten werden gewahrt und bei sämtlichen Staatsbehörden und gesetzgebenden Körpern vertreten: durch Innungs-Vorstände, durch Gewerbe-Räthe, und durch Gewerbe-Kammern.

§. 7. Die Innungen ordnen ihre inneren Gesamt-Interessen selbstständig durch gesetzmäßige Beschlüsse.

§. 8. Jede Innung wählt aus sich einen Vorstand, er vollzieht ihre Beschlüsse, nach Maassgabe des Special-Statuts, und ist durch die Wahl gesetzlich bevollmächtigt, die Innung vor Gericht und sonst überall nach Außen zu vertreten. Die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen werden zunächst vor das Vermittlungs-Amt des Vorstandes gebracht.

§. 9. Der Gewerbe-Rath ist die freigewählte Behörde aller Innungen einer Stadt oder eines Bezirkes.

§. 10. Sämmtliche Gewerbe werden in so viele Categorien getheilt, als Mitglieder des Gewerbe-Raths gewählt werden sollen, und jede Kategorie stellt durch Urwahlen sämtlicher dazu gehöriger Meister ein Mitglied und einen Ersatzmann zum Gewerbe-Rath. — Alljährlich scheidet ein Drittheil der Mitglieder aus dem Gewerbe-Rath, welches unverzüglich durch eine neue Wahl zu ergänzen ist. Die ersten zwei Auscheidungen geschehen durch's Loos, die spätern erfolgen nach dem Dienstesalter. Die Mitglieder des Gewerbe-Rathes werden vereidigt.

§. 11. Der Gewerbe-Rath theilt sich in ein Gewerbe-Gericht und einen Verwaltungs-Ausschuss. — Jede Abtheilung zieht einen besoldeten Schriftführer zu. — Plenar-Sitzungen finden nach Ermessen des Vorsitzenden des Verwaltungs-Ausschusses statt, oder wenn von einem Drittheil der Mitglieder des Gewerbe-Rathes eine solche verlangt wird.

§. 12. Das Gewerbe-Gericht besteht aus mindestens 4 Mitgliedern und einer vom Staate beizugebenden und von demselben zu besoldenden richterlichen Person mit Sitz und Stimme.

§. 13. Das Gewerbe-Gericht entscheidet a) über die nach §. 8. nicht gütlich beizulegenden Streit-Gegenstände; b) über die aus dem Gewerbebetriebe entspringenden Streitigkeiten und Ansprüche zwischen den Gewerbetreibenden unter einander; c) über die Grenzen und Befugnisse der einzelnen Gewerbe gegen einander. — Bei appellablen Gegenständen entscheidet das competente Obergericht jedes Landes in zweiter und letzter Instanz.

Sollten alle Sonder-Gerichte aufgehoben werden und (was wünschenswerth wäre) an deren Stelle freierwählte Friedensrichter treten, so sind dieselben verpflichtet, bei Verhandlung gewerblicher Streitigkeiten vier Mitglieder des Gewerbe-Rathes mit Sitz und Stimme zuzuziehen.

§. 14. Zum Verwaltungs-Ausschuss sind mindestens 5 Mitglieder erforderlich. Derselbe hat die gemeinschaftlichen Interessen der Gewerbetreibenden seines Bezirkes wahrzunehmen, sämtliche Innungs-Institute desselben zu überwachen, und alljährlich, oder, wenn es nöthig, in kürzeren Zeitabschnitten über die Lage und Bedürfnisse des Gewerbebestandes an die Gewerbe-Kammern zu berichten, auch durch ein Mitglied die Meister-Prüfungen zu leiten.

§. 15. Alle Ausfertigungen und Erkenntnisse der Innungs-Behörden sind stempelfrei.

§. 16. Es sollen Special-Gewerbe-Kammern gebildet werden, welche den gesetzgebenden Stände-Kammern beratend zur Seite stehen, und sich sowohl mit den Gewerbe-Räthen, als mit den Arbeits-Ministerien über alle gewerblichen Angelegenheiten zu bethen haben. — Diese Special-Gewerbe-Kammern werden durch die Gewerbe-Räthe gewählt.

§. 17. Eine allgemeine deutsche Gewerbe-Kammer versammelt sich jedesmal gleichzeitig mit dem deutschen Parlament an dessen Sitz; ihre Aufgabe ist es, rechtsverbindliche Beschlüsse zur Herstellung übereinstimmender Special-Statuten für die gleichen Innungen zu fassen, und die den gewerblichen Interessen entsprechenden allgemeinen Massregeln und Gesetze zu beantragen. — Die Mitglieder dieser Kammer werden durch direkte Urwahlen der sämtlichen deutschen Innungs-Meister, im Verhältniß von $\frac{2}{3}$ der National-Vertreter, gewählt. Die Berufung geschieht durch das Reichs-Ministerium. — Sollte in der deutschen National-Versammlung die Errichtung einer allgemeinen industriellen

Kammer beschloffen werden, so würden die Handwerke und technischen Gewerbe darin mit $\frac{3}{5}$ der sämmtlichen Abgeordneten zu vertreten sehn.

Tit. III. Lehrlinge.

S. 18. Derjenige, welcher in die Lehre treten will, muß das 14te Lebensjahr zurückgelegt haben, bei dem erwählten Lehrmeister eine vierwöchentliche Probezeit bestehen, und in einer von dem Innungs-Vorstande vorzunehmenden Prüfung nachweisen, daß er schreiben, lesen und rechnen kann.

Zwischen dem 12ten und 14ten Jahre tritt die Confirmation und Entlassung des Knaben aus der Schule ein, und nicht selten wird diese Periode und die Schulzeit abgekürzt, um den Knaben, ohne Rücksicht auf mangelhafte Schulkenntnisse und Körperkräfte, nur recht bald von der Schüssel weg in die Lehre zu schicken. Es ist daher nöthig, daß ein Alter festgesetzt werde, welches den Knaben zum Eintritt in die Lehre für reif und durch den genossenen Schulunterricht für befähigt erscheinen läßt; wovon sich der Innungs-Vorstand durch eine Prüfung zu überzeugen hat. — Eben so nothwendig erscheint eine Probezeit, während welcher Meister und Knabe zu erkennen vermögen, ob Befähigung und Neigung zur Erlernung des Gewerbes vorhanden sind.

S. 19. Zwischen dem Vertreter des Lehrlings und dem Lehrmeister wird vor dem Innungs-Vorstande ein schriftlicher Lehr-Vertrag abgeschlossen und in die Innungs-Matrikel eingezeichnet. Der Mangel eines solchen Vertrags hindert die Aufnahme des Lehrlings.

Der Mangel an gesetzlich gültigen Lehrverträgen begünstigte die willkürlichste Auflösung der zwischen Meister und Lehrlingen, resp. deren Vertretern, häufig nur mündlich geschlossen und daher leicht vergeßbaren Lehrverträge und lockerte die ohnedieß schwachen Bande zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen immer mehr, weshalb die Errichtung eines gesetzlich gültigen schriftlichen Lehrvertrages vor der Innung, resp. deren Vorstand, dringend nöthig erscheint, wodurch die Rechte beider Theile gesichert und eine Menge Streitigkeiten und kostspieliger Prozesse vermieden werden.

S. 20. Die Lehrzeit darf nicht unter 3 und nicht über 5 Jahre dauern. Gleiche Gewerbe sollen in ihren Special-Statuten eine gleiche Lehrzeit feststellen.

Der Mißbrauch, mittelst Geld die Lehrzeit abzufürzen, ist eine so große Ungerechtigkeit, daß deren Abstellung beantragt werden müßte, selbst wenn der Uebelstand nicht damit verbunden wäre, daß der Reiche in der Regel durch diese Abkürzung der Lehrzeit weniger lernt, da man bekanntlich „Wissen“ und „Können“ nicht kaufen kann; es ist daher die Feststellung eines Minimums und Maximums der Lehrzeit nöthig, unter welches Keiner der Lehre entlassen, über welches Keiner in der Lehre behalten werden darf. Auch ist die Lehrzeit für ein und dasselbe Gewerbe durch ganz Deutschland auf gleiche Dauer zu stellen, damit nicht durch eine kürzere Lehrzeit ein Bezirk vor dem andern begünstigt, und die Ausbildung der Lehrlinge beeinträchtigt werde.

S. 21. Halbjährlich muß der Lehrling ein Zeugniß des Meisters über sittliches Betragen und gemachte Fortschritte dem Innungs-Vorstande überreichen.

Die Lehrzeit ist die wichtigste Periode des Menschen; in ihr wird der Grund gelegt, auf welchem sich der Charakter des Mannes ausbildet; nur aus einem fleißigen, sparsamen, folgamen Lehrling wird ein braver Gatte und Vater, ein tüchtiger Bürger werden. Der Lehrmeister hat daher die heilige Verpflichtung, den Lehrling neben vollkommener Erlernung seines Gewerbes, gleich einem Familiengliebe zu überwachen und ihn zur Ordnung und Sittlichkeit anzuhalten. Deshalb erscheinen halbjährliche Zeugnisse des Meisters über seinen Lehrling als sehr zweckmäßig; sie sind ein Sporn für den Lehrling und eine Controlle für den Meister: ob er seinen Verpflichtungen gegen den Lehrling nachgekommen ist, und ob ihn keine Schuld treffe, wenn der Lehrling nach Ablauf der Lehrzeit in der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung nicht zu bestehen vermag.

S. 22. Nach beendigter Lehrzeit hat der Lehrling vor einer von dem Innungs-Vorstande ernannten Prüfungskommission eine Probe seiner Kenntnisse und Fertigkeiten abzulegen. (S. 28.)

Die Gegenstände der Prüfung sind in den Special-Statuten zu bestimmen. Der Geprüfte erhält ein Arbeitsbuch, in welches das Prüfungs-Zeugniß eingetragen, und die Zeit, während welcher er bei einem Meister in Arbeit stehen wird, verzeichnet werden soll.

Nach beendigter Lehrzeit liegt es sowohl im Interesse des Meisters als des Lehrlings, öffentlich zu bekunden, ob beide ihre Pflicht und mit welchem Erfolg sie diese erfüllt haben, was durch eine Prüfung des Lehrlings ermittelt wird. Das Resultat dieser Prüfung ist die erste bedeutungsvolle Erungenschaft des jungen Handwerkers, die ihm unmittelbar die

Porte zum Gesellen = und später zum Meisterstande öffnet. Das Prüfungszeugniß ist in sein Arbeitsbuch, welches zur Eintragung der Zeit, welche er bei einem Meister zugebracht hat, dient, einzuschreiben; die allgemeine Einführung eines Arbeitsbuches wird sich praktischer erzeigen, als die Ertheilung vieler einzelner Zeugnisse, die schwerer zu bewahren sind und leichter verloren gehen.

Tit. IV. Gesellen.

§. 23. Jeder Geselle muß mindestens drei Jahre wandern. Eine Abkürzung oder Aufhebung dieser Frist kann nur aus dringenden Gründen von dem Gewerbe = Rathe gestattet werden.

Die Fremde ist für jeden Menschen eine Schule der Bildung und der Erfahrungen manichfachster Art, und für den Handwerker und Gewerbsmann um so unerläßlicher, als er nur durch eigene Anschauung fremder Zustände und Verhältnisse eine Vergleichung mit den ihm bekannten anstellen und daraus eine richtige Erkenntniß des Wahren, Schönen und Nützlichen zu schöpfen, sich als Mensch und Gewerbsmann zugleich auszubilden vermag. Nur die unabweisbarsten Gründe sollen von der Pflicht der Wanderung entbinden dürfen.

§. 24. Das Wandern ist in keinerlei Weise zu erschweren.

Da die Wanderung für den jungen Handwerker eine dringend gebotene Nothwendigkeit ist, so soll sie auch auf jede Weise im Auslande durch die deutschen Gesandten und Consuln gefördert und nicht durch lästige Placereien und unnütze Formalitäten erschwert werden.

§. 25. Zwischen Meistern und Gesellen tritt nach Ablauf der ersten 14 Tage, während welcher beide Theile sich trennen können, eine gegenseitige acht tägige Kündigungsfrist ein, sofern vertragsmäßig nicht etwas Anderes festgesetzt wurde.

Um dem augenblicklichen Fortschreiten oder Austritten aus der Arbeit zu begegnen, erscheint die Feststellung einer Kündigungszeit um so nothwendiger, als willkürliches Entlassen oder Verlassen der Arbeit für beide Theile unangenehm und die Ursache von Streitigkeiten ist, welche durch eine, beide Theile gleich bindende, Kündigungszeit leicht und sicher vermieden werden.

§. 26. Allgemein soll eine Feststellung der Arbeitszeit der Gesellen erfolgen. Die Gewerbe = Räte haben für die einzelnen Innungen, unter Zustimmung der Gesellenschaft, die näheren Verhältnisse zu ordnen, und auf Grund dieser Vereinbarung müssen die Gewerbe = Kammern für jede gleiche Innung gleiche Bestimmungen treffen.

Die Feststellung der Arbeitszeit für die Gesellen in ganz Deutschland ist ein dringend gefühltes Bedürfnis, das die Gewerbe = Kammern unverweilt zu erledigen haben, damit die verschiedenen in Deutschland üblichen und mitunter bedeutend abweichenden Arbeitsstunden durch ein Gesetz geregelt, daß Meister und Gesellen zugleich befriedigt werden.

§. 27. Die Gesellen werden von dem Gewerbe = Rathe zu Gesellschäften vereint. Auf gesetzlich bereits bestehende Gesellschäften findet die Vorschrift des §. 4. Anwendung.

Gleichwie den ganzen Handwerker = und Gewerbebestand das Band der Innungen umschließt und zu einem großen Ganzen vereint, eben so muß auch die Gesellen, als Theil des großen Innungs = Verbandes, ein Band der Einigung umschlingen, welches sie kräftigen und befähigen soll zur Ausbildung für ihren Beruf, und zur Erkennung dessen, was recht und gut, nützlich und ihrem geistigen und materiellen Wohle heilsam und angemessen ist. — Gesellen = Verbindungen, welche Berufserklärungen und Ausschlüsse bezwecken, sind zu verbieten.

§. 28. Die Gesellschäften müssen sowohl bei der Prüfung der Lehrlinge, als bei allen sonstigen Angelegenheiten der Gesellen, im Innungs = Vorstande der Meister = Innungen und bei dem Gewerbe = Gerichte, durch einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte, mit Sitz und Stimme vertreten seyn.

Damit die Gesellen zu erkennen vermögen, ob bei allen im Handwerker = und Gewerbe = Stande vorkommenden Angelegenheiten nach Recht und Gesetz gehandelt, und ihre Interessen in keiner Weise beeinträchtigt, sondern gewissenhaft beobachtet werden, sollen die Gesellen bei allen Gesellen = Angelegenheiten, selbst im Gewerbe = Rathe, durch einen Mann ihres Vertrauens aus ihrer Mitte mit Sitz und Stimme vertreten seyn.

§. 29. An allen Innungsorten muß eine allgemeine Gesellen = Krankenkasse und eine besondere Gesellen = Wanderkasse errichtet werden. Der Meister zieht die Beiträge vom Lohne ab und hafet für die richtige Ablieferung derselben zur Kasse.

Zur Gesellen = Wanderkasse tragen die Meister einen angemessenen Theil bei. In mehreren größeren Städten sind bereits Kranken = und Wanderkassen errichtet, und ihre Nothwendigkeit ist zu allgemein anerkannt, als daß noch eine Beweisführung für deren Bestehen, so müssen ihm auch die Mittel dazu geboten und er deshalb auf der Wanderschaft unterstützt werden, wozu die Meister kräftig beizutragen haben.

§. 30. Ein Geselle darf nicht in Arbeit genommen werden, bevor er nicht der Innung und dem Rassen-Verbande der Gesellschaft beigetreten ist.

Da ein Geselle bei seinem Eintritt in die Arbeit alle aus der Innung und der Gesellschaft des Ortes hervorgehenden Rechte und Vortheile genießt, so ist es auch billig, daß er die mit diesen Rechten und Vortheilen verbundenen Pflichten erfülle, und vor Beginn der Arbeit — der Innung und dem Rassen-Verbande der Gesellschaft beitrete.

§. 31. Gesellen dürfen nur bei Meistern ihres Faches ihr Gewerbe ausüben, — und können sich ihre Arbeitgeber selbst wählen.

Dies Gesetz ist nothwendig zur Befestigung der häufigen und gerechten Klagen über Gewerbebeeinträchtigung und Puscherei, welche dadurch geübt werden, daß Manche sich Gesellen fremder oder verwandter Gewerbe halten, um durch diese ihren Gewerbs-Producten eine nicht auf rechtliche Weise erzielte Verehrung zu geben, oder berechtigten Meistern allein zuzuschende Anfertigungen und Reparaturen durch Gesellen vornehmen zu lassen.

Der bisher bestandene Mißbrauch, den zugewanderten Gesellen wie ein willenloses Object den arbeitgebenden Meistern der Reihenfolge nach zuzuschicken, erscheint als eine gräßliche Verletzung der persönlichen Freiheit, weshalb derselbe aufzuheben und den Gesellen freie Wahl unter den arbeitgebenden Meistern zu gestatten ist.

Tit. V. Meister.

§. 32. Die Meister jeder Innung wählen aus ihrer Mitte auf gewisse Zeit die Meister-Prüfungs-Commission; ihre Zusammensetzung und die Gegenstände der Prüfung müssen bei allen gleichen Innungen möglichst übereinstimmen. Die Commission hat ihren Sitz am Orte des Gewerbe-Rathes. (§. 9.)

Die Art und Weise der Meister-Prüfungs-Commission und ihre Zusammensetzung bestimmt das Special-Statut.

§. 33. Zur Erlangung des Meister-Rechtes wird nur derjenige Geselle zugelassen, welcher das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat und sich über Befähigung, sowie über gehörig benützte Wanderzeit auszuweisen vermag, zu welchem Zwecke er sich einer theoretischen und praktischen Prüfung zu unterwerfen hat.

Es darf nur die Fertigung eines solchen Meisterstücks gefordert werden, welches wohl verkäuflich, nicht zu kostspielig und dennoch geeignet ist, die Geschicklichkeit des Meisters zu bekunden, und wozu sein längerer Vermerk als höchstens drei Monate zu verwenden ist. — Der einmal Geprüfte und des Meisterrechtes würdig Befundene ist bei etwaiger Veränderung seines Wohnortes keinerlei Prüfung mehr zu unterwerfen; wogegen Derjenige, welcher nach Erlaß dieses Gesetzes seinen Wohnort verändern will und eine Prüfung seines Handwerkes oder technischen Gewerbes noch nicht bestanden, einer solchen sich nachträglich zu unterziehen hat.

Niemand darf in seinem Rechte als Mensch verkümmert werden; Jeder ist aber auch verpflichtet, die aus dem Gebrauch seiner Rechte entspringenden Verbindlichkeiten zu erfüllen und darf nicht Andere damit belästigen. Wer also Meister werden, wer einen eigenen Heerd, eine Familie gründen will, der muß auch die Vorbedingungen erfüllt haben, welche die Wahrscheinlichkeit gewähren, daß er den durch die Ausübung der in Anspruch genommenen Rechte entspringenden Verbindlichkeiten zu genügen vermag. — Zur Führung eines Geschäftes gehört eine gewisse Reife der Jahre, ohne welche ein glücklicher Erfolg des Unternehmens nicht zu erwarten ist. Dasselbe gilt von der Befähigung, die durch eine Prüfung ermittelt wird, deren Art und Weise das Special-Statut zu bestimmen hat. — So billig es einerseits erscheint, daß Derjenige, welcher einmal die Prüfung bestanden, einer solchen bei Veränderung seines Wohnortes nicht mehr unterworfen werden soll, so billig ist es andererseits, daß Derjenige, welcher mit seiner Familie in eine Gemeinde aufgenommen werden will, die Befähigung für das Geschäft, womit er den Unterhalt für sich und seine Familie in der Gemeinde zu gewinnen beabsichtigt, nachweise, und einer deshalb noch nicht bestandenen Prüfung sich unterwerfe.

§. 34. Wird das Meisterstück nicht in allen Theilen genügend befunden, so erfolgt die Zurückweisung des Gesellen auf eine nach Umständen festzusetzende Zeit, welche jedoch nicht über ein Jahr ausgebeht werden darf. — Dasselbe gilt, wenn sich der Geselle bei Anfertigung des Meisterstücks fremder Hülfe bedient hat. — Die Prüfungs-Commission hat die Zeit und die Gründe der Zurückweisung in das Gesellen-Arbeitsbuch zu verzeichnen. Glaubt aber der Zurückgewiesene sich in das Gesellen-Arbeitsbuch zu verzeichnen. Glaubt aber der Zurückgewiesene sich beeinträchtigt, so bleibt ihm unbenommen, denselben Gegenstand, welchen er gefertigt, noch einmal am Orte eines zweiten Gewerbe-Rathes von der dort aufgestellten Prüfungs-Commission seines Gewerbes prüfen zu lassen.

Der Zweck der Prüfung ist die Erkennung der Kenntnisse und Geschicklichkeit des zu Prüfenden, weshalb auch nur seine persönlichen Kräfte — mit Ausschluß aller fremden — bei den Prüfungen Geltung finden können.

§. 35. Haben Mitglieder der Prüfungs-Commission oder der Innung bei der Prüfung sich an einem Betrage theiligt oder den zu Prüfenden nachweislich begünstigt, so verlieren sie für immer bei Prüfungen das Stimmrecht. Auch ist eine solche Prüfung und das darauf ertheilte Meisterrecht ungültig.

§. 36. Der Gewerbe-Rath ist befugt, in besonderen Fällen von dem vor-schriftsmäßigen Alter von 25 Jahren zu dispensiren, und in allen die Prüfung betreffenden Beschwerden zu entscheiden.

Die Fälle, in welchen eine Ausnahme zu gestatten ist, beziehen sich auf Todesfälle der Aelteren und die daraus entspringenden, namentlich für Unmündige oft nachtheilig werdenden Familienverhältnisse.

§. 37. Ein Geselle, welcher bei einer Meisters-Wittve als Werkführer gearbeitet, darf erst nach Verlauf von 6 Monaten, nachdem er dieselbe verlassen, zur Meister-Prüfung zugelassen werden.

Der Austritt eines Gesellen aus dem Geschäfte einer Wittve wirkt immer nachtheilig auf deren Geschäft, wenn der Geselle unmittelbar darauf zur Bewerbung des Meisterrechtes gelangen kann; zum Schutze der Wittve ist daher nothwendig, daß der Geselle erst 6 Monate nach dem Austritt zur Bewerbung des Meisterrechtes berechtigt wird.

Der Bader und Friseur, deren Gesellen im unmittelbaren Verkehr mit den Kunden stehen, und diese bei eintretendem Wechsel häufig dem neuen Meister zubringen, oder auch heimlich auf eigene Faust behalten, dürfte in ähnlicher Weise in den Special-Statuten gedacht werden.

Tit. VI. Rechte und Pflichten der Innungen und Innungsmeister.

§. 38. Innungen haben Corporationsrechte.

Dieser Satz entspringt aus dem Begriffe der Innungen als einer Societät. Jede Mehrheit von Personen, welche sich zu einem gemeinschaftlichen erlaubten Zwecke verbinden, erscheint in dieser Richtung, Dritten gegenüber, als moralische Person, und zwar hier, da der Zweck in das Bereich der Staatsverwaltung gehört, als eine öffentliche.

§. 39. Der selbstständige Betrieb eines Handwerkes oder technischen Gewerbes ist bedingt durch den Beitritt zur Orts- und beziehungsweise zur Bezirks-Innung.

Diese Bestimmung hat ihre Grundlage im „Innungs-Wesen“ und bildet den Gegensatz zu einer unbedingten Gewerbefreiheit. Wenn Jeder neben der Innung sich als Gewerbsmann beliebig etabliren könnte, so würde die Innung mit allen ihren Satzungen und Bedingungen, unter welchen sie die Ausübung eines Gewerbe-Rechtes zuläßt, aufhören zu seyn.

§. 40. Der Beitritt zur Innung ist jedem gestattet, der das Meisterrecht, dieser Ordnung gemäß, so wie das Orts- (Gemeinde-) Bürgerrecht erworben hat.

Die Bedingung des Eintritts — nämlich das gewerbs-ordnungsmäßig erlangte Meisterrecht — bildet abermals den Gegensatz zu unbedingter Gewerbefreiheit, nach welchem Jedem nach eigenem Ermessen seiner Kräfte überlassen bleibt, in einem oder dem andern gewerblichen Erwerbszweige, oder in mehreren thätig zu seyn. Es soll mit dieser Bestimmung auch Gewährung gegen Puscherei geleistet werden, welche, wenn sie auch den Puschler nicht fördert, doch immer auch die Lage des thätigen Handwerkers und Gewerbsmannes verkümmert. Mit der Idee des Innungs-Wesens ist jenes der Ansässigmachung und resp. Hei-matserwerbung des Eintretenden am Orte oder im Bezirke der Innung innig verbunden.

§. 41. Derjenige Meister, dessen Handwerk oder Gewerbe durch die Zeit-verhältnisse eine derartige Störung erleidet, daß es ihm den fernern Unterhalt nicht zu bieten vermag, ist berechtigt, dasselbe gegen ein anderes Handwerk oder Gewerbe zu vertauschen, wenn er zwar nicht den Nachweis des innungsmäßigen Erlernens, aber doch den der Befähigung führt.

Hiermit ist einer freieren, allgemeineren Bewegung im Gewerbe-Wesen, als der bisherigen, hinlänglich Rechnung getragen. Die Erfahrung lehrt, daß Fortschritte in der Industrie, neue Erfindungen u. dgl. den Betrieb gewisser Handwerke oder Gewerbe geradezu aufheben oder doch in quantitativer Beziehung so reduciren, daß ein Fortkommen Aller, welche es bisher betrieben, nicht mehr denkbar ist. Will nun ein auf solche Weise in seinem Fortkommen Beschädigter seine Kenntniß oder Fertigkeit in einem andern gewerblichen Erwerbszweige nützen, so wäre es billig, von ihm dabei die Erfüllung jener Bedingungen zu fordern, welche der Natur der Sache nach ein Gewerbetreibender in der Regel nur einmal und nur in einem Gewerbe zu erfüllen im Stande ist.

§. 42. Ist die Zahl der Meister an einem Orte übergroß, so kann die betreffende Behörde, auf Antrag des Gewerbe-Rathes, eine den Orts-Gewerben und individuellen Verhältnissen entsprechende Beschränkung zeitweise eintreten lassen. Für jedes Handwerk oder Gewerbe soll durch die allgemeine Gewerbe-Kammer auf Vorschlag der Innung in dem Spezial-Statut eine Geschäftsgrenze, bezüglich der Zahl der zu haltenden Gesellen gesetzlich festgestellt werden.

Das Fortkommen im Gewerbe ist bedingt durch das richtige Verhältniß der Produktion und der Consumption, d. i. des Bedarfs. So wie dieses Verhältniß dauernd gestört erscheint — die Produktion die Consumption übersteigt — tritt — mindestens theilweise — Verarmung der Producenten ein, und da der Staat dies zu verhindern offenbar hohes Interesse hat, so muß ihm eine zeitgemäße Beschränkung offen bleiben.

Die Festsetzung einer Gesellenzahl rechtfertigt sich dadurch, daß — da nur der Meister zu allein berechtigter Producent ist, er auch diese Produktion nicht weiter ausdehnen darf, als er sie zu übersehen, zu überwachen vermag. Die Zulassung einer unbefchränkten Aufnahme von Gesellen führt zum fabrikmäßigen Betrieb, welchen das Handwerk ausschließt.

§. 43. Mehrere Handwerke oder technische Gewerbe soll Niemand zu gleicher Zeit betreiben.

Diese Bestimmung fließt aus dem durchgeführten Grundsatz der Theilung der einzelnen gewerblichen Erwerbszweige, und der hierdurch allein gegebenen Möglichkeit des Fortkommens im einzelnen Gewerbe, resp. Handwerk.

§. 44. Der Gewerbe-Rath ist befugt, einem Meister den Betrieb eines Neben-Handwerks oder Gewerbes auf so lange zu gestatten, als dasselbe an dem Orte von einem Fachmeister nicht betrieben wird.

Da die Gewerbe zunächst der Bedürfnisse des Publikums wegen da sind, so ist hier eine nothwendige Ausnahme von obiger Regel erlaubt. Auch die, jenen Zweck beeinträchtigenden, von einzelnen Handwerkern gemachten Niederlagen ihrer Artikel bei andern, nicht zu ihrer Innung gehörenden Meistern, sollen dadurch unmöglich gemacht werden.

§. 45. Das fernerhin zu beobachtende Verhältniß zwischen verwandten Gewerben, wie die gewisser Leder-, Holz- und Feuer-Arbeiter u., welche bisher unter verschiedenen Benennungen an verschiedenen Orten Deutschlands, theilweise vereint, theilweise getrennt betrieben worden sind, soll die Gewerbekammer feststellen.

Diese Bestimmung soll gegen eine unter Umständen allzustrenge Anwendung der in §. 43. aufgestellten Regel dienen, und verhindern, daß dieselbe lähmend auf den Betrieb eines Innungsgewerbes überhaupt einwirke.

§. 46. Zu den in Fabriken vorkommenden Handwerks-Arbeiten, welche nicht die unmittelbare Herstellung der Fabrikate bezwecken, sind nur die Innungs-Meister berechtigt, und dürfen weder Fabrikherren, noch sonstige nicht zur Innung gehörige Arbeitgeber unter irgend einem Vorwande Gesellen in Arbeit nehmen.

Die Motive hierzu sind dieselben, wie jene zu §. 43.

§. 47. Eine Geschäfts-Association zwischen einem Meister und einer nicht zur Innung seines Fachs gehörenden Person ist unzulässig. Ganze Innungen verschiedener Gewerbe dürfen sich associiren.

Nach §. 39, 40 und 43 ist das Recht des Betriebs eines Gewerbes an die Theilnahme an der Innung und an die Erwerbung des Meisterrechts gemäß den betreffenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung geknüpft, und auf die bestimmte Person des hiernach Berechtigten beschränkt. Hieraus folgt von selbst das Verbot einer Association mit einem Nichtberechtigten, da ein solcher Kraft der Associetät erwürbe, was nur Kraft des Gesetzes erworben werden kann. — Auch soll durch diese Bestimmung der Herrschaft des Kapitals möglichst vorgebeugt werden, so daß der Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber nicht zum Diener zu werden braucht.

§. 48. Nur einem Innungs-Meister ist der Kleinhandel mit seinen Erzeugnissen gestattet; auch darf er mit allen in sein Fach einschlagenden Erzeugnissen Handel treiben, so weit ihn die Grenzen seines Gewerbes hiezu berechtigen.

So wie der Handwerker der Natur der Sache nach nicht Kaufmann ist, sondern entweder auf Bestellung oder im Vorrath nur zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfnisses arbeitet, so darf auch, wenn diese seine begrenzte Erwerbsquelle nicht versiegen soll, — ein Handwerker in diese Befriedigung des täglichen Bedürfnisses nicht in Concurrenz mit ihm treten. — Der Großhandel mit Handwerkererzeugnissen, das ist jener massenhafte Verkehr, welchem der Handwerker nicht genügen kann, und welcher gleichwohl Bedürfnis ist, bleibt unbeschränkt.

§. 49. An Orten, wo Innungs-Magazine (Gewerbhallen) bestehen, dürfen einzelne Meister in ihren eigenen Magazinen nur die in ihren Werkstätten gefertigten Fabrikate verkaufen.

Magazine — Gewerbhallen — haben den Zweck, alle Glieder einer Innung an einem Orte oder Bezirke bei dem Verkaufe ihrer Produkte möglichst gleich zu beschalligen. — Wo solche vom Staate in jeder Weise zu begünstigende Institute bleibend oder vorübergehend im Interesse der Innung nöthig werden, würde ihr Zweck durch Halten von Magazinen einzelner Handwerker unerschöpflich werden, weshalb die in diesem Paragraphen enthaltene Beschränkung gerechtfertigt erscheint. Auch die jenen Zweck beeinträchtigenden von einzelnen

Handwerkern gemachten Niederlagen ihrer Artikel bei andern nicht zu ihrer Innung gehörenden Meistern, sollen dadurch unmöglich gemacht werden.

§. 50. Der Hausirhandel mit Handwerks- Erzeugnissen ist unbedingt verboten, ebenso das Arbeiten herumziehender Handwerker.

Diesem Satze liegen alle jene Motive zum Grunde, welche die gleichlautenden Gesetze fast aller deutschen Staaten enthalten. — Der Hausirhandel mit Handwerks- Erzeugnissen ist ein Krebsgeschwür, der den Absatz guter Waaren beeinträchtigt, die Verschleuderung, die Trägheit und Immoralität begünstigt und den Credit untergräbt. Der ganze Handwerkerstand soll gehoben und seine Angehörigen genöthigt sein, auf offener Strasse arbeitend herumzuziehen.

§. 51. Handwerke und technische Gewerbe sollen, als ein städtischer Nahrungs- zweig, in der Regel nur in den Städten betrieben werden. Außerhalb derselben können nur solche Handwerke und Gewerbe, und diese nur in solcher Anzahl zugelassen werden, wie sie das örtliche Bedürfnis und die Berücksichtigung des Absatzes der Fabrikate in ferne Gegenden erfordern.

Wie der Landmann auf das Land, so ist der Handwerker auf die Stadt angewiesen. Da der Letztere Steuer zu zahlen hat, welche der auf dem Lande ansässige Handwerker nicht trägt, und da einer nutzlosen, ihm vom Lande erwachsenden Concurrenz vorgebeugt werden muß, so dürfen nur solche Handwerker auf dem Lande zugelassen werden, welche mit den ländlichen Verhältnissen im engsten Zusammenhang stehen.

§. 52. Staats- und Communal- Werkstätten Staats- Handels- Institute, so wie Werkstätten von Actien- Gesellschaften, welche in das Gebiet der Handwerke und technischen Gewerbe greifen, sind unzulässig.

Staat und Commune sollen, als moralische Personen mit dem Handwerker nicht concurren, und ihm das Brod für sich und seine Familie nicht verkümmern. Wie viele Tausende tüchtige Gewerbalente brachte die preussische Seehandlung an den Bettelstab! Welch heillosen Einfluß übt der berühmte bayerische Schulbücherverlag seit mehreren Decennien auf die geistige Bildung des Volkes und beeinträchtigt die treffenden Gewerbe!! — nicht zu gedenken der Militär-, Eisenbahn-, Zucht- und anderer Werkstätten, in denen der Staat seine Bedürfnisse fertigen und den Handwerker — Steuer zahlen und hungern läßt.

§. 53. Exitationen und schriftliche Submissionen von Staats- und Communal- Arbeiten an den Mindestfordernden sind unzulässig. Bei Abnahme und Prüfung solcher Arbeiten und Lieferungen sollen jedesmal praktische Meister den treffenden Beamten zur Seite stehen.

Der Staat ist bei solchen Exitationen dem Einzelnen gegenüber immer im Vortheil, da er über materielle und intelligente Mittel verfügt, die dem Einzelnen abgehen, und fast alle Voranschläge seiner Beamten unter der Wahrheit sind, in deren Interesse es liegt, ihre Voranschläge nicht zu hoch zu machen, da bei Abbietungen entweder ihre Fähigkeit oder ihre Neblichkeit compromittirt erscheint. Auch sind Accoranten häufig nicht einmal zur richtigen Vertheilung und Schätzung solcher Arbeiten und Lieferungen fähig, und bieten aus Gerathewohl ab, weshalb sie und die ihnen vertrauten, durch solch unmoralisches, gefährliches Hazardspiel mit dem Staat an den Bettelstab kommen.

§. 54. Ein Meister darf gleichzeitig nur zwei Lehrlinge halten, und zwar einen zweiten dann erst in die Lehre nehmen, wenn der frühere Lehrling die Hälfte seiner Lehrzeit zurückgelegt hat. In Fällen, wo die Natur des Handwerks es dringend erfordert, soll nach Ermessen des Gewerbe- Rathes das Halten der erforderlichen Zahl über zwei zu gestatten seyn. Wo Fortbildungs- Anstalten bestehen, hat der Meister den Lehrling zum Besuche derselben anzuhalten.

Die große Zahl der Lehrlinge, welche, besonders in einzelnen Gewerben, bisher gehalten worden sind, bilden den Gegenstand der gerechtesten Klagen, weil dadurch nicht nur eine Menge Gesellen über den Bedarf entstehen, sondern weil sie während der Lehre arg vernachlässigt und häufig ohne den nöthigen Grad von Bildung erlangt zu haben, in die Welt gestoßen werden und oft ihr ganzes Leben hindurch die Folgen der Gewissenlosigkeit ihrer Lehrmeister zu tragen haben. Deshalb ist eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge dringend geboten, so wie der Besuch der Fortbildungs- Anstalten für Lehrlinge aller Art unerlässliche Pflicht ist.

§. 55. Das Recht, Lehrlinge zu halten, soll demjenigen Meister entzogen werden, welcher durch richterliches Erkenntnis wegen entehrender Handlungen bestraft worden ist, oder seine Pflichten gegen den Lehrling wiederholt gröblich vernachlässigt hat. Sowohl über die Entziehung als über die Wiederverleihung jenes Rechtes, so wie über die Auflösung eines Lehrvertrages überhaupt, entscheidet der Gewerbe- Rath.

Wenn ein Lehrmeister wegen entehrender Handlungen, als Diebstahl, Betrug u. dgl., richterliches Erkenntnis bestraft worden ist, so erscheint es nicht für geeignet, einen unbedeutenden jungen Menschen ein Handwerk zu lehren und ihm als Muster in Sitte und

bienen; derselbe Fall tritt ein, wenn der Lehrmeister sich wiederholter grober Vernachlässigungen seiner Pflichten gegen den Lehrling schuldig gemacht hat.

§. 56. Meister-Wittwen sind berechtigt, das Gewerbe des Mannes fortzusetzen, nicht aber Lehrlinge anzunehmen; die Innungs-Vorstände haben ihnen solche nach Bedürfnis zuzuweisen.

Meister-Wittwen genießen in ihrem Gewerbetriebe zwar alle Rechte des Meisters, allein zur Sacht und Ueberwachung von Lehrlingen erscheinen sie in der Regel nicht geeignet, und wo Lehrlinge zum Gewerbetriebe für Wittwen unumgänglich nöthig sind, werden ihnen diese am zweckmäßigsten von den Innungs-Vorständen zugewiesen werden.

§. 57. Patente (ausschließliche Berechtigungen, Privilegien) auf neue gewerbliche Erfindungen, dürfen nur auf vorgängiges Gutachten der Gewerbe-Kammer ertheilt werden. — Hält dieselbe für nothwendig, dergleichen Erfindungen dem Gemeingebräuche zu übergeben, so ist der Staat verpflichtet, sie für die betreffenden Innungen, auf deren Kosten zu erwerben. Der Erfinder hat seine Berechtigung gegen eine von der Gewerbe-Kammer, in Einigung mit dem Erfinder, festzusetzende Entschädigung abzutreten.

Der Mißbrauch, welcher besonders in einigen deutschen Ländern mit Ertheilung von Patenten und Privilegien für angebliche neue Erfindungen getrieben wurde, macht eine Beschränkung, namentlich aber eine Prüfung solcher Erfindungen von Sachverständigen dringend nothwendig; so wie die Gewinnung allgemein nützlicher Erfindungen für die Gesamtheit, gegen angemessene Entschädigung für den Erfinder, im allgemeinen Interesse begründet ist.

§. 58. Niemand ist berechtigt, Zeichen und Firmen Gewerbetreibender nachzuahmen oder zu verfälschen.

Es ist eine Schande für die deutsche Industrie, daß sie sich noch so häufig fremder und falscher Zeichen und Firmen bei Bezeichnung ihrer Fabrikate bedient. Im Interesse deutschen Rechtes und deutscher Ehre darf dies hinfort nicht mehr gestattet werden. Für edle Metalle — Gold und Silber — sollen bestimmte Gehalt-Sarate, unter welchen in ganz Deutschland nicht gearbeitet werden darf, angeordnet, und beim Verkauf vermischter Webstoffe die Mischungs-Verhältnisse der Legteren von Fabrikanten angegeben werden; endlich soll jeder Gewerbetreibende seinem Fabrikate, in sofern sich dies mit der Natur desselben vereinigen läßt, seinen Namen beifügen.

§. 59. Alle freiwilligen öffentlichen Versteigerungen mit neuen Erzeugnissen der Handwerker und technischen Gewerbetreibenden sind untersagt.

Die an manchen Orten vorkommenden Versteigerungen von meist außerhalb der Städte angefertigten Handwerker-Gegenständen schmälern den Consum des Publikums und beeinträchtigen den städtischen Gewerbetreibenden in seinem Verdienste, während er es besonders ist, dem die drückende Last der Communalsteuer aufliegt.

Tit. VII. Allgemeine Bestimmungen.

§. 60. Mit Einführung der neuen deutschen Gewerbe-Ordnung sind alle an dem Betriebe von Handwerken oder technischen Gewerben haftenden Realrechte aufzuheben. Vorher sollen jedoch sämtliche betreffende Staatsbehörden, nach Grundsätzen des Rechtes und der Billigkeit, den Werth der einzelnen Realrechte, mit Rücksicht auf die in diesem Augenblicke auf fraglichen Gewerbs-Realitäten haftenden Passiven ermitteln und hiernach eine billige Entschädigung festsetzen, welche, wo möglich, binnen Jahresfrist zu erstatten ist.

§. 61. Bei allen Wahlen und Abstimmungen entscheidet absolute Stimmenmehrheit.

§. 62. Alle Verhandlungen und Prüfungen sind in der Regel öffentlich.

§. 63. Prüfungs- und andere Gebühren sollen für alle gleiche Innungen gleich hoch und in den Spezial-Statuten festgesetzt werden. Die Höhe der Beiträge zu Gewerbe-Cassen dagegen regelt sich nach den örtlichen Verhältnissen.

§. 64. Spezial-Statuten dürfen keine Bestimmungen enthalten, welche den in dieser allgemeinen Ordnung aufgestellten Grundsätzen zuwiderlaufen.

§. 65. Fabriken und große Gewerbe sollen nach dem Quantum ihrer Erzeugnisse, zu Gunsten der kleinen Gewerbe besteuert, und der Betrieb solcher Fabriken, deren Fabrikate mit Handwerks-Artikeln concurriren, beschränkt werden.

A n h a n g.

Mittel zur Hebung des deutschen Handwerker- und Gewerbestandes.

- a. **Schutzölle** für deutsche Industrie auf alle ausländischen Handwerker-Gewerbs-Erzeugnisse, die auch im deutschen Vaterlande gefertigt werden.

Alle Zollsätze sollen beweglich und so eingerichtet sein, daß die ausländischen Fabrikate bis auf einen kleinen, dem Inlande zum Muster dienenden Theil, ausgeschlossen werden; die Einführung neuer und die Abschaffung vorhandener Zölle sollen allmählig und nach vorausgegangener Bekanntmachung erfolgen. Als verzollbare Gegenstände führen wir beispielsweise auf:

Seidene, wollene, leinene, baumwollene Gewebe, und solche aus vermischten Stoffen: Gespinnste und sogenannte Halbfabrikate, Pelzwaaren und fertige Kleidungsstücke aller Art, Parfumerie-, Duineauillerie-, Bijouterie-, Gold- und Silber-Waaren; plattirte, Bronze-, Blech-, Gürtler- und Seiler-Arbeiten; Friseur-Arbeiten, künstliche Federn, Blumen, Hüte und Hutmacher-Arbeiten; Schirme, Kämme und alle Bürstenbinder- und Drechsler-Arbeiten aus Holz, Horn, Schildplatt, Perlmutter und Elfenbein; Glas, Porzellan und gebrannte Thonwaaren; Posamentier- und Knopfmacher-Arbeiten; Waffen und alle Stahl- und Eisenwaaren, Leder, Schuhmacher- und Sattler-Waaren; Wagen, Tischler-Arbeiten, Handschuhe und alle Säcker-Waaren; Uhren und Uhrmacher-Werkzeuge; Schreib-Utensilien, Papiere und Papeterien, Portefeuilles, Cartonnage und alle dahin gehörige Galanterie- und Buchbinder-Arbeiten.

Als Grund für die Einführung der Schutzzölle führen wir an: Jedes Land, welches eine Gewerbe-Ordnung hat, muß sich durch Zölle gegen äußere Eingriffe in seine innere Ordnung schützen; deshalb kann folgerichtig auch der keine Schutzzölle wollen, der die Gewerbe-Freiheit will. Das Erheben der Zölle muß, wo möglich, nach dem Werthe geschehen.

- b. Ausfuhr-Zölle für Rohstoffe, welche unentbehrliche Lebensbedürfnisse befriedigen, d. h. für Getreide aller Art, Schlachtvieh und Holz; jedoch mit der besonderen Bestimmung, daß für Getreide und Schlachtvieh die freie Ausfuhr erlaubt wird, sobald der Preis unter dem Normal-Durchschnittspreis sinkt.
- c. Rückzölle und Prämien bei Ausfuhr deutscher Industrie-Erzeugnisse.
- d. Freie Einfuhr solcher Rohstoffe, welche für deutsche Industrie im Lande nicht hinlänglich oder gar nicht erzeugt werden.
- e. Handelsverträge mit dem Auslande und Anbahnung überseeischer Absatzplätze für deutsche Gewerbe- und Industrie-Erzeugnisse.
- f. Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögens-Steuer behufs einer gerechten Ausgleichung zwischen Capital und Arbeit.
- g. Errichtung von Staats-Banken, Hilfskassen für Handwerker und Gewerbe, so wie gleichmäßige Credit- und Concurs-Gesetze für alle Stände in ganz Deutschland.

Der Zweck unserer Bank-Institute soll im Allgemeinen der seyn, jedem Kapitalisten Gelegenheit zur bequemsten Anlage seiner Kapitalien zu verschaffen, und diese dem minder bemittelten Theil aller Geschäftsteile zuzuführen, d. h. den Personal-Credit in der weitesten Ausdehnung zu ermöglichen. Die ganze Bank-Verwaltung soll unter einem gewerblichen Ministerium stehen, und der Controle des Publikums unterworfen seyn. Die in England, Frankreich und einigen deutschen Ländern bestehenden Zettelbanken erklären wir für durchaus verwerflich, da sie die Kapitalien lediglich großen Handelsleuten und Fabrikanten zuführen, und außerdem durch Emission von Banknoten (unverzinsliche Anleihen) die Actionäre bereichern, das Metallgeld willkürlich entwerthen und den Mitgliedern der Bank-Direktion die Macht einräumen, dem Nationalhandel eine beliebige Richtung zu geben.

Ganz besondern Werth legen wir auf die Errichtung von zweckmäßig organisirten Personal-Credit-Banken, welche den Verkehr zwischen Creditnehmern und Creditgebern in solcher Weise vermitteln, daß jede Uebervorthellung der Erstern unmöglich gemacht wird.

Zu den Creditgesetzen ist noch zu bemerken, daß dem sowohl für den Handwerker als für den ordnungsliebenden Consumenten gleich nachtheiligen Verbergen von Waaren durch Einführung ganz kurzer Verjährungsfristen entgegengewirkt werden soll.

- h. Den Bauhandwerkern soll bei Neubauten das Recht zustehen, die Priorität bei Hypothekar-Inschriften nach dem Besitzer des Grundstücks für sich in Anspruch zu nehmen.
- i. Gründliche Verbesserung aller Schulen und unentgeltlicher Unterricht auf denselben, so wie Erhebung der Volksschulen zu allgemeinen Bildungs-Anstalten für alle Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, damit Kunst und Wissenschaft ein Gemeingut für das Volk werden, und nicht ferner ein Monopol des Reichthums bleiben.

Auf die letzte Bestimmung legen wir einen besondern Werth, weil wir eine solche Organisation der Volksschulen als das geeignetste Mittel betrachten, der Absonderung der Stände

entgegen zu wirken, und Jedermann die Wahl eines seinen Anlagen entsprechenden Berufs, möglichst zu ermöglichen. Sobald der zukünftige Minister mit dem Handwerker auf derselben Schulbank sitzt, ist der wahre Volksstaat gegründet.

k. Gründung zweckmäßig eingerichteter Handwerks- und Gewerkschulen, so wie höherer polytechnischer Lehr-Anstalten, in denen der Unterricht nicht bloß durch theoretisch, sondern auch durch praktisch gebildete Lehrer erteilt wird.

Für diese ebenfalls auf Staatskosten einzurichtenden Schulen verlangen wir eine angemessene örtliche Vertheilung.

l. Gleiches Reichs-Maas-, Münz- und Gewicht-System mit Einziehung der verschiedenen coursirenden Münzen und Herabsetzung derselben auf ihren innern Werth.

Da ein Maas-, Münz- und Gewicht-System nur dann von dem größten Werthe ist, wenn es voraussichtlich von den meisten Völkern angenommen wird, so werden wir wahrscheinlich zu dem schon jetzt sehr verbreiteten metrischen Systeme greifen müssen. Für diesen Fall verlangen wir jedoch, daß die langen und unbequemen Namen dieses Systems gegen kurze und leicht auszusprechende vertauscht werden, weil dadurch dessen Einführung sehr erleichtert wird. Statt des französischen Franken wollen wir den deutschen Gulden, welcher im Feingehalt einem Zweiffrankstück gleichzusetzen ist.

m. Verwendung der Sträflinge aller Zucht- und Arbeitshäuser zur Urbarmachung unangebauter Landstrecken, damit jene durch ihre Arbeit die Gewerbetreibenden nicht beeinträchtigen.

n. Deportation der zu Capitalstrafen Verurtheilten nach überseeischen Colonieen.

o. Verpflichtung des Staats, alle seine arbeitsfähigen Angehörigen, welche bei Privatleuten keine Beschäftigung finden, bei öffentlichen Arbeiten als Eisenbahnen, Straßen, Canälen &c., zu beschäftigen, und ihnen einen, zu ihrem Unterhalt nöthigen Arbeitslohn zu geben.

Als vornehmsten Grund für diese Bestimmung führen wir an, daß jeder Mensch ein unbestreitbares Recht auf seine Existenz als solcher hat. Auch finden wir in einer derartigen Beschäftigung aller Arbeitslosen das alleinige Mittel, die unfreiwillige Armuth gänzlich aufzuheben, den Arbeitslohn im ganzen Lande gleichförmig zu machen und auf indirekte Weise zu reguliren. — Ferner bemerken wir noch, daß bei Einführung der Freizügigkeit die Armenpflege nicht mehr der Gemeinde zur Last fallen kann, sondern Sache des Staats werden muß, damit alle Steuerpflichtigen gleichförmig dabei mitwirken.

p. Verpflichtung des Staats zur Pflege unbemittelter Bürger, welche durch Krankheit, Verstümmelung &c. arbeitsunfähig geworden sind.

q. Gesetzliche Verpflichtung aller Brüder, sich mit einem Minimum bei Wittwen-, Waisen- und Alterskassen zu betheiligen. Diese Maßregel hat den doppelten Nutzen, den Unbemittelten gegen die Wechselfälle des Lebens zu schützen, und ihn gleichzeitig zur Vermehrung des National-Kapitals anzuhalten. Auch ist zu bemerken, daß die genannten Versicherungs-Anstalten von Jedermann in jeder beliebigen Ausdehnung benützt werden können.

r. Verpflichtung aller Staatsbürger, vor Begründung einer Familie sich über den Besitz eines je nach Bedürfnis festzustellenden Ehe-Kapitals auszuweisen.

Wenn der Staat einem Jeden Beschäftigung verschaffen will, so muß er nothwendigerweise auch der Uebersättigung entgegenwirken, denn es kann jederzeit nur eine bestimmte Anzahl von Menschen in einem Lande möglichst glücklich leben. In Staaten, welche Gewerbefreiheit haben, käme die Bestimmung über die Erspareung eines Ehekapitals einem Verbot der Ehe unter den Armen gleich; wird aber durch die Gewerbe-Ordnung Jedermann die Erzeugung desselben möglich gemacht, so liegt in diesem Gesetze keine Härte.

Verzeichniß der Abgeordneten

in deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congress zu Frankfurt a. M.

Aus Baden:

1. Maurermeister aus Heidelberg.

2. Bierbrauer aus Rastatt.

3. Kammermeister aus Karlsruhe.

4. Bierbrauer aus Wertheim.

Kern, Schlossermeister aus Weinheim.

Mohr, Gerbermeister aus Bruchsal.

Müller, Tischlermeister aus Stadt Baden.

Ritter, Maurermeister aus Heidelberg.

Reindel, Zieglermeister aus Offenburg.

Schmidt, Schreinermeister aus Freiburg.
Schneevogt, Büchsenmacher aus Lahr.
Stemmler, Schmiedemeister aus Rastatt.

Aus Bayern:

Bauswein, Kaufmann aus Miltenberg.
Brückner, Schuhmachermeister aus Fürth.
Dorfmueller, Töpfermeister aus Baireuth.
Frankenberger, Schmiedmstr. aus Augsburg.
Glink, Schreinermeister aus München.
Gering, Buchbindermeister aus Nürnberg.
Hoh, Seifenfedermeister aus Bamberg.
Hollenbach, Sattlermeister aus Nussbach.
Knorr, Schlossermeister aus Landshut.
Niedermeier, Mechaniker aus Regensburg.
Duellhorst, Juwelier aus München.
Sauer, Buchbindermeister aus München.
Schad, Seltermeister aus Schweinfurt.
Schmerold, Schreinermeister aus Passau.
Schmidtill, Lärchermeister aus Erlangen.
Wolkhart, Buchdrucker aus Augsburg.
Wahl, Kürschnermeister aus Würzburg.
Winter, Conditor aus Nürnberg.
Wiedemann, Maschinenmeister aus München.

Aus Braunschweig:

*Selenka, Buchbindermeister aus Braunschweig.

Aus Bremen:

Mohr, Lohgerbermeister aus Bremen.

Aus Dessau:

Trommler, Seltermeister aus Dessau.

Aus Detmold:

Grote, Schuhmachermeister aus Detmold.

Aus Frankfurt am Main:

Gärtner, Schneidermeister aus Frankfurt.
Küstner, Schneidermeister aus Frankfurt.
*May, Metzgermeister aus Frankfurt.

Aus Hamburg:

*Bogelsand, Buchbindermeister aus Hamburg.

Aus Hannover:

Meyer, Tischlermeister aus Göttingen.
Nohloff, Schuhmachermeister aus Lüneburg.
Rasch, Schornsteinfegermeister aus Donaubrück.

Aus Hessen = Cassel:

Böckel, Schlossermeister aus Cassel.
Braun, Tuchmachermeister aus Hersfeld.
Dippel, Färbermeister aus Fulda.
Eichhorn, Messerschmiedmstr. a. Schmalkalden.
Göbel, Stadtschreiber aus Döckenheim.
Pflüger, Redakteur aus Hanau.
Winkelblech, Professor aus Cassel.

Aus Hessen = Darmstadt:

*Gärtler, Hafnermeister aus Darmstadt.
Beitsch, Schreinermeister aus Mainz.
Möhl, Metzgermeister aus Gießen.
Schön, Buchbindermeister aus Worms.

Aus Homburg:

Braunschweig, Schuhmacherm. a. Homburg.

Aus Lauenburg:

Gubel, Tischlermeister aus Möln.

Aus Lübeck:

Rosenberg, Maurermeister aus Lübeck.

Aus Mecklenburg:

*Lange, Schuhmacher aus Rostock.
*Schlichting, Töpfermeister aus Wismar.

Aus Nassau:

Braun, Mechaniker aus Wiesbaden.

Die mit Sternchen (*) bezeichneten Abgeordneten waren in die Ausschüsse gewählt und von der Gesellsch. beauftragt.

Seeß, Bäckermeister aus Königstein.

Aus Oesterreich:

Hasenauer, Zimmermeister aus Wien.
Guter, Zimmermeister aus Innsbruck.
Malländer, Banmeister aus Tyrol.

Aus Oldenburg:

Inhülsen, Tischlermeister aus Oldenburg.

Aus Preußen:

Bange, Maurermeister aus Erfurt.
Behrens, Buchbindermeister aus Magdeburg.
Bergfried, Anstreicher aus Mühlheim.
Böhlen, Conditor aus Nachen.

Cosmann, Bäckermeister aus Bonn. †

*Bunkenburg, Tischlermeister aus Berlin.

Frank, Schlossermeister aus Mühlhausen.

Glaue, Webermeister aus Berlin.

Goering, Schneidermeister aus Berlin.

*Göring, Buchbindermeister aus Naumburg.

Günter, Gerbermstr. aus Neuhaldensleben.

*Hante, Justiz = Commissarius aus Eulenburg.

Henkegöben, Maurermeister aus Eöln.

Hittorf, Klempnermeister aus Bonn.

Hollender, Tischlermeister aus Düsseldorf.

Kallen, Glasermeister aus Rosenbroich.

*Kielmannsegge, Tischlerm. aus Berlin.

*Köschburg, Schneidermeister aus Breslau.

Ludwig, Bäckermeister aus Breslau.

Luthmer, Zimmermeister aus Eöln.

Mengdehl, Schlossermeister aus Greifswalde.

Mierisch, Tischlermeister aus Münch = Gladbach.

*Möst, Schlossermeister aus Stettin.

Müller, Tischlermeister aus Eulenburg.

Müller, Schuhmachermeister aus Coblenz.

Nix, Schmiedmeister aus Coblenz.

*Norden, Steinmetzmeister aus Danzig.

Petrarsch, Buchbindermeister aus Paderborn.

Philippson, Dr. aus Magdeburg.

Schmidt, Fr., Tischlermeister aus Meisse.

*Schmidt, Nic., Kürfermeister aus Coblenz.

Schützenborn, Schuhmachermeister aus Eöln.

Schwarz, Gutsbesitzer aus Ehrenbreitstein.

Selenka, Drechslermeister aus Berlin.

Sommer, Friseur aus Eöln.

*Trautwein, Gerbermeister aus Vornstedt.

*Tott, Drechslermeister aus Minden.

Aus den **Neussischen Fürstenthümern:**

Dorsch, Banmeister aus Eschelt.

Kurze, Zeugmacher aus Gera.

Aus Sachsen:

Bachhaus, Schneidermeister aus Leipzig.

Schneider, Memermeister aus Altenburg.

Seifert, Glasermeister aus Leipzig.

Hoffmann, Bürgermeister aus Meiningen.

Voigt, Schuhmachermeister aus Leipzig.

Nicolai, Schneidermeister aus Freiberg.

Steinmetz, Seifenfedermeister aus Dresde.

Aus Schleswig = Holstein:

Schröder, Tischlermeister aus Igelhoe.

Schwarz, Buchbindermeister aus Glückst.

Aus Weimar:

*Hens, Buchbindermeister aus Weimar.

Aus Württemberg:

Hipp, Weynacher aus Reutlingen.

Munder, Buchdrucker = Bes. aus Stuttgart.

Kapp aus Tübingen.